

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - verantw. Redakteur i. V.: Zdenko Neuwirth, Prag

17. Jahrgang

Samstag, 26. Juni 1937

Nr. 149

„Die Lage ist ernst — aber nicht hoffnungslos“

## Chamberlain und Eden vor dem Unterhaus

Deutliche Worte der britischen Staatsmänner / Erinnerung an Belgien 1914  
Auch dem Donaunraum gilt Englands Friedensgarantie!

London. Die außenpolitische Debatte, die das Unterhaus Freitag über Antrag der liberalen Opposition abhielt, ist als Ereignis ersten Ranges zu werten, das weltpolitische Bedeutung besitzt. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Hause, das den Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit folgte, gaben Premierminister Chamberlain und Außenminister Eden die Umrisse der künftigen Richtlinien der britischen Außenpolitik bekannt. Der Redner der Opposition Major Atlee und Lloyd George warfen der britischen Außenpolitik mangelnde Präzision vor.

Premierminister Neville Chamberlain führte u. a. aus:

Wir verfolgen nur ein Ziel, und zwar die Wahrung des Friedens in Europa durch Beschränkung des Krieges auf Spanien allein. Obwohl wir in sehr entschiedener Weise erklärt haben, daß wir nicht damit zufrieden sind, wie der Nichtinterventionsplan durchgeführt wird, und zwar es wahr ist, daß die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens trotz dem Nichteinmischungs-Kommunikationsvertrag nicht minder wahr, daß es und bisher gelungen ist, und dem von unserer Politik stets erstrebten Ziele zu nähern. Wir werden dieses Ziel und diese Politik so lange verfolgen, solange wir das Gefühl haben werden, es bestehe die vernünftige Hoffnung, daß wir einer Erweiterung des Konfliktes aus dem Wege gehen. Ich glaube, sagte Chamberlain, daß es nicht phantastisch ist zu glauben, daß diese Politik bis zum Erfolg fortgesetzt werden kann. Die Situation ist ernst, aber keineswegs hoffnungslos. Obwohl es möglicherweise richtig ist, daß verschiedene Länder oder verschiedene Regierungen gern den Sieg dieser oder jener Partei in Spanien sehen würden, gibt es keinen Staat, gibt es keine Regierung, die wünschen würde, daß ein europäischer Krieg entfesselt werde. Da dem so ist, sind wir bestrebt, ruhig zu bleiben und wollen wir allem aus dem Wege gehen, möge es sich um Worte oder Taten handeln, und so dem Verderben fähren könnte, dem jeder ausweicht.

### Freundliche Worte als Pflaster für Berlin

Chamberlain erwähnte fobann die Vorfälle mit den deutschen Kriegsschiffen „Deutschland“ und „Reipala“ und erklärte:

Unter diesen Umständen ist die Forderung Deutschlands, daß es nicht gestatten kann, daß deutsche Kriegsschiffe fernschiffenartigen Gefahren ausgesetzt sind, eine verständliche Forderung. Ich will sagen, daß die deutsche Regierung dadurch, daß sie ihre Schiffe abberufen hat und daß sie die Insidende für erledigt erachtet, einen Geist der Zurückhaltung bekundet hat, was wir alle anerkennen. Der Umstand, daß die deutschen und italienischen Kontrollschiffe abberufen wurden, bedeutet, daß sich in den spanischen Gewässern künftig nicht mehr irgend eine Gefahr oder Vorfälle der Art ereignen können, wie es der Vorfälle mit den Schiffen „Deutschland“ und „Reipala“ war.

Meiner Ansicht nach, sagte Chamberlain, ist es das Beste, was wir jetzt unternehmen können, zu folgen den beiden praktischen Maßnahmen zurückzuführen, bemüht zu sein, daß diese Maßnahmen durchgeführt werden:

1. die gegenwärtige Lücke im Plane der Kontrolle Spaniens aufzufüllen;
2. die Anstrengungen zu erneuern, daß wir eine Abberufung der Freiwilligen aus Spanien erzielen.

Obwohl der Schnee bis zu gefährlicher Höhe angehäuft ist, hat sich die Lawine noch nicht in Bewegung gesetzt. Ich halte dafür, daß, wenn wir alle Geduld, Besonnenheit und Selbstbeherrschung bekunden werden, es uns gelingen dürfte, den Frieden in Europa zu erhalten.

Außenminister Eden ergriff am Schluß der Unterhausdebatte das Wort und gab eine zusammenfassende Darstellung der außenpolitischen Haltung Englands. Auf der britischen Regierung und dem britischen Außenministerium lastete eine erschreckende Verantwortlichkeit, jeden Schritt zu vermeiden, der eine Verständigung verhindern könnte. Wenn andere Länder nicht von den gleichen Verantwortlichkeitsgefühlen befeelt sind, so befreit dies die englische Regierung keinesfalls von ihrer Verantwortung gegenüber dem britischen Volk. Die Situation in Spanien sei das schwerste und ernsteste außenpolitische Problem. Eden verteidigte die Nichtinterventionspolitik, pflichtete aber Lloyd George insofern bei, daß sich bei ihr große Mängel gezeigt haben. Der Außenminister erklärte jedoch hinsichtlich der intervenierenden Staaten, es sei kein Zweifel, daß die Sowjetunion gleichfalls in großem Umfang Kriegsmaterial, insbesondere Flugzeuge und Tanks an die Valencia-Regierung geliefert habe. Das wisse jeder. Eden wandte sich dann gegen die Auffassung, daß die spanische Regierung aus dem Verlassen der Neutralitätspolitik Nutzen ziehen könnte. Die spanische Regierung müsse auch bei einem unbegrenzten Waffenhandels-Schwierigkeiten mit der Versorgung ihres Ausrüstungsbedarfes haben, da die Vereinigten Staaten von Amerika ein Waffenaustrichverbot besitzen. England mit seiner eigenen Ausrüstung so beschäftigt sei, daß es keine Flugzeuge liefern könnte, und Frankreich mit Rücksicht auf seine eigene Verteidigungspolitik gleichfalls kaum in der Lage wäre, größere Mengen Lieferungen auszuführen. Man müsse sich vor Augen halten, daß die drei totalitären Staaten, Deutschland, Italien und Rußland, in ihrem Ausrüstungsstand vorangeschritten seien, als die demokratischen Länder, was sich zweifellos auch bei den Lieferungen auswirken müßte. Wenn die Nichtinterventionspolitik fallen gelassen würde, müßten den beiden kommunistischen Parteien in Spanien auch die Rechte Kriegführender Staaten zuerkannt werden.

Die gegenwärtige Lage ist zweifellos ungünstiger als früher, da die Vereinbarungen der Kontrollmächte vom 12. Juni nicht mehr bestehen. Es sei möglich, daß trotz allen Anstrengungen die Nichteinmischungspolitik nicht werden aufrechterhalten werden können. Dies anzunehmen, besteht aber heute noch kein Grund. Es werde alles geschehen, um die Neutralität aufrecht zu erhalten. Dies sei auch die Grundlage der künftigen englischen Politik, welche sich auf die Sicherung des Friedens gründe. Wenn England eine Friedenspolitik verfolgt, so ist das ein großer Beitrag zum Weltfrieden. Das bedeutet aber nicht Frieden um jeden Preis.

### Interesse an Mitteleuropa

Zu den mitteleuropäischen Fragen sagte Eden: „Wir können nicht auch nur daran denken, daß wir uns im Verlauf der Dinge irgendwo

mehr desinteressieren könnten, als irgendwo anders auf der Welt, so wie die Dinge heute liegen. Unser Interesse ist universell. Wir wollen nicht vergessen, daß der letzte europäische Krieg in Belgien begonnen hat. So erkennen wir, daß unsere Interessen, wie ich es bereits gesagt habe, universell im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens sein müssen. Wir erkennen an, daß auf handels- und wirtschaftlichem Gebiet andere Völker ein größeres Interesse an Donaubeden haben als wir. Wir würden gern eine allmähliche Befestigung der Handelsbeziehungen in diesen Gebieten sehen.“

### Vor neuen Schlachten bei Madrid?

Madrid. Der Gavadokorrespondent meldet, daß täglich eine große Bewegung der Abteilungen der Aufständischen an der Jacama-Front zu bemerken sei. Die republikanische Artillerie beschließt ununterbrochen die hinteren Linien der Aufständischen-Armee, um eine Konzentrierung der Truppen zu verhindern, sie kann aber nicht verhindern, daß der Feind ständige Truppenverstärkung und Kriegsmaterial erhält. Am Mittwoch haben die republikanischen Truppen zwei Angriffe der Aufständischen zurückgeschlagen, und dann selbst einen heftigen Gegenangriff unternommen. Es ist klar, daß beide Parteien eine intensive Aktion vorbereiten, die die gegenwärtige Periode des gegenseitigen Beobachtens abblenden soll.

Santander. Die Basillische Regierung, die nunmehr ihren Sitz in Santander aufgeschlagen hat, veröffentlicht ein Communiqué, in welchem erklärt wird, daß die basillische Armee neu organisiert wird und starke Besetzungen errichtet. In den Fabriken und Werkstätten herrscht Hochbetrieb. Die Versorgung der Bevölkerung, die jetzt in Santander zusammen mit 400.000 Flüchtlingen etwa eine Million Köpfe zählt, ist gegenwärtig normal. Der Kommandant der republikanischen Nordarmee hat an die Truppen einen Aufruf erlassen, in welchem er sie zum verzweifeltsten Widerstand gegen die Franco-Truppen auffordert.

Außenminister Eden betonte, daß England seine Ausrüstung weiterführe, daß sie aber ausschließlich defensiver Natur sei. Es gibt keinen Zweifel, daß England, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, zur Verteidigung Frankreichs oder Belgiens gegen einen nichtprovokierten Angriff in Übereinstimmung mit den bestehenden Verpflichtungen bereit ist, daß aber auch Deutschland nicht ausgeschlossen ist, wenn es in einen Vertrag dieser Art eingeschlossen wäre. Englands Ausrüstung kann vielleicht dem Opfer eines Angriffes zugute kommen, wo nach Englands Ansicht dies nach den Bestimmungen der Völkerbundsatzung angemessen wäre. Eine automatische Verpflichtung, zur militärischen Aktion zu schreiten, besteht nicht. Das ist eine Begriffsbestimmung, die allgemein verstanden wird.

### Alleinige Kontrolle der Westmächte!

London. Zwischen London und Paris ist nunmehr eine Einigung über die hinsichtlich der Schließung der Lücke in der spanischen Seekontrolle zu verfolgenden Politik getroffen worden. Dem Untersuchungsausschuß des Nichtinterventionskomitees wird der Vorschlag zugegeben, daß England und Frankreich zukünftig allein die gesamte Kontrolle der spanischen Küste übernehmen werden. Die Frage der Erweiterung und Internationalisierung der Seekontrolle durch Inbeziehung anderer Mächte ist somit nicht mehr aktuell.

### Die Internationale und der IGB für Spanien

Paris. (Gavad.) Nach der gemeinsamen Sitzung der Vorstände der II. Internationale und der Gewerkschafts-Internationale, welche sich mit der Lage in Spanien nach dem Austritt Deutschlands und Italiens aus dem System der Seekontrolle befaßte, wurde ein offizielles Communiqué veröffentlicht, in welchem insbesondere erklärt wird, daß über Antrag des Vertreters der sozialistischen Partei Spaniens folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1. auf die Regierungen der im Völkerbund vereinigten Staaten hinzuwirken, daß in Übereinstimmung mit dem Völkerbundspakt Spanien zur Wiedererlangung der politischen und territorialen Unabhängigkeit Hilfe gewährt werde;
2. die Wiederherstellung des freien Handels zu verlangen, damit die legitime spanische Regierung auf diese Weise die Möglichkeit erhalte, sich Waffen für ihre Verteidigung zu beschaffen;
3. von seiten der beiden Internationalen die Bande kompromittierter Solidarität mit dem republikanischen Spanien zu erweitern. Beide Internationalen werden auf ihre Sektionen in allen Ländern einwirken, auf das energischste nach diesen Richtlinien zu handeln.

### Aus dem Inhalt:

- Wehrerziehung angenommen
- Ernährungsausschuß urgiert Zuckerverbilligung
- Sozialdemokratische Schulforderungen
- Rebellion in der Aussiger SdP
- Die Entwicklung der Löhne

### Nationale Statistik

Vor einiger Zeit erschien in der „Straž Národa“, dem tschechischen Grenzblatt, wiederum ein Artikel, der den Versuch macht, die Vereinbarungen vom 18. Februar zu torpedieren. Nunmehr wird die Hebe, die dort gegen die nationale Verständigung entfaltet wird, sozusagen „statistisch“ untermauert: es wird ausgerechnet, daß in der und jener überwiegend deutschen Gemeinde zu wenig tschechische Beamte angestellt seien, und für diese Gemeinden wird die Anwendung des Bevölkerungsschlüssels verlangt. Selbstverständlich hütet sich „Straž Národa“, eine Statistik etwa über Prag oder Wudweis zu veröffentlichen, in welchen Städten von einem verhältnismäßigen Anteil der nationalen Minderheiten an der städtischen Verwaltung nicht die Rede ist. Das Blatt verlangt die Anwendung des nationalen Schlüssels eben nur für die in der Mehrheit deutsche n Gemeinden. Sein Ruf nach nationaler Gerechtigkeit ist also mit den größten Vorbehalten aufzunehmen. Man wird diesen Ruf ernst nehmen können, wenn er für alle Selbstverwaltungskörper der Republik und für den gesamten öffentlichen Dienst erhoben wird. „Gebt den Forderungen der Deutschen nicht nach, denn die Tschechen in den deutschen Mehrheitsgebieten werden benachteiligt!“ Das ist der Sinn der Veröffentlichungen in der „Straž Národa“, von denen übrigens kaum anzunehmen ist, daß sie einer strengen Prüfung standhalten würden.

Wir sind der Meinung, daß der verhältnismäßige Anteil der Tschechen an der Bürokratie der deutschen Gemeinden im Laufe der Zeit hergestellt und gesichert werden muß, aber die Deutschen müssen in der Verwaltung der tschechischen Mehrheitsgemeinden ebenfalls nach dem Bevölkerungsschlüssel berücksichtigt werden. Das würde bedeuten, daß z. B. in Prag einige hundert Deutsche in die Dienste der Stadt aufgenommen werden müßten (städtische Verwaltung, Straßenbahn, Gas- und Elektrizitätswerk usw.). Nationale Gerechtigkeit kann es nicht nur in den Zonen geben, die den tschechischen Grenzländern wichtig erscheinen; nationale Gerechtigkeit muß im ganzen Lande sein, denn die Republik ist das Vaterland aller Nationen, die sie bewohnen. Eine regionale nationale Gerechtigkeit wäre ein Betrug und würde den Ganzheitsbegriff des Vaterlands entwerfen.

Es wurde nun die Aufgabe unternommen, die nationalen Anteile an staatlichen Diensten in einem in der Mehrheit deutschen Grenzbezirk genau festzustellen. Das Ergebnis ist sehr lehrreich und zeigt Verpflichtungen auf, deren Erfüllung sich die Leute um die „Straž Národa“ angelegen sein lassen sollten. Es handelt sich um den Bezirk Kumburg, der nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung 26.255 Deutsche und 1208 Tschechen zählt. Der verhältnismäßige Bevölkerungsanteil der Tschechen beträgt also 4,3 Prozent, der Anteil der Deutschen mehr als 95 Prozent. Wie aber sind die Staatsämter auf Deutsche und Tschechen aufgeteilt?

Bei der Bezirksbehörde sind 45 Prozent Deutsche und 55 Prozent Tschechen, beim Bezirksgericht 25,5 Prozent Deutsche und 74,5 Prozent Tschechen, bei der Bezirks- und Staatsstrafenverwaltung 63 Prozent Deutsche und 37 Prozent Tschechen, bei der Finanzwache 3,8 Prozent Deutsche und 96,2 Prozent Tschechen, bei der staatlichen Forstverwaltung sind 83 Prozent Deutsche und 17 Prozent Tschechen, bei der Gefälligskontrolle 20 Prozent Deutsche und 80 Prozent Tschechen, bei der Gendarmerie gibt es überhaupt keinen Deutschen, bei der Post sind 45 Prozent Deutsche und 55 Prozent Tschechen, bei den Schulen 93 Prozent Deutsche und sieben Prozent Tschechen, bei den Staatsbahnen 48,5 Prozent Deutsche und 51,5 Prozent Tschechen, bei der Staatspolizei ist kein Deutscher, bei der Steuerbehörde sind 14,3 Prozent Deutsche und 85,7 Prozent Tschechen, beim Vermessungsamte 25 Prozent Deutsche und 75 Prozent Tschechen.

Es mag sein, daß es sich in keinem Amt um hohe Beschäftigungsziffern handelt. Aber es geht hier um ein Prinzip, dessen Anerkennung die tschechischen Grenzorganisationen in den Gemeinden verlangen und das zunächst doch auch einmal dort durchgeführt werden muß, wo die Tschechen entscheiden, eben in den staatlichen Ämtern. Sicherlich ist der Einwand richtig, daß

für die eine oder die andere Kategorie zu wenig qualifizierte Deutsche aufzufinden waren, aber man hat sich um sie im allgemeinen auch nicht bemüht.

Wie in Rumburg ist es auch in anderen Bezirken, ja, es ist anzunehmen, daß anderswo der deutsche Anteil noch geringer ist.

Wie wollen jetzt keine Reklamationen anstellen. Durch sie wird nichts gebessert. Wir wollen nur die Ursache erkennen.

Einschreiten gegen das Papierkartell angekündigt

Unwillen gegen die Gewerkschaftspolitik der Agrarier

Im sozialpolitischen Ausschuss wurde die Debatte über das letzte Exposé des Fürsorge...

Bezüglich der Arbeitslosenfürsorge zeige es sich in der Praxis, daß die Verwaltungsbehörden unter einem gewissen Druck zu stehen scheinen...

Fürsorgeminister Ing. Nečas

kündigte sodann in seinem Schlusswort an, daß es in kürzester Zeit zu einem Eingreifen gegen das Papierkartell kommen werde...

Auf eine Beschwerde über die Säufung von Anfallen bei militärischen Festigungsarbeiten, die der Abgeordnete Stetskal auf die Aufklärung der Gewerbeinspektion zurückführte...

Fällen einzupreisen, wo es sich um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt.

Der Minister betonte, daß auch er die Verleumdung des Bauüberwachungsgebiets noch im Herbst dringend wünsche.

Ernährungsausschuß urgiert nochmals Zuckerverbilligung

Verbraucherinteressen sollen besser berücksichtigt werden

In der Freitag-Sitzung des Ernährungsausschusses wurde nochmals in dringlicher Form die Frage der endlichen Verbilligung des Zuckers aufgeworfen.

Der Ernährungsausschuß beschließt, die Regierung zu ersuchen, vor Frage der beschleunigten Durchführung zu prüfen.

Wehrziehung verabschiedet

Heute letzte Parlamentsitzung

Das Abgeordnetenhaus verabschiedete am Freitag die Vorlage über die Wehrziehung.

In der Debatte suchte Dr. Peters (SdP) langatmig zu begründen, warum seine Partei, trotzdem sie der Vorlage die Berechtigung und Notwendigkeit zuerkennt...

Bei der Abstimmung stimmten für die Vorlage außer der Koalition auch die Nationale Vereinigung und die Sozialistische Volkspartei.

Weiters genehmigte das Haus die Vorlagen über die Richtergehälter und über das Gehührengesetz.

im deutschen Gebiet keine öffentlichen Arbeiten durchgeführt werden, weist der Minister als unbestimmte Zurückweisung an.

absetzung des Zuckerpreises, der Novellierung des Zuckergesetzes, der Reorganisation des Zuckerwesens und der Abschaffung der Anstalten und Einrichtungen für Lebensmittelkontrolle...

Die Debatte über das Preis-Exposé des Herrn Innenministers wurde mit Rücksicht darauf, daß sie im Beisein des derzeit verhinderten Ministers Dr. Cerny abgeführt werden soll, vertagt.

Deutsche Schulforderungen

Genossin Kirpal verlangt Verstaatlichung deutscher Privatschulen

Entgegen den ursprünglichen Dispositionen erwiderte sich noch eine weitere Sitzung des Abgeordnetenhauses am Samstag als notwendig, weil auch noch die Novelle zum Schulgesetz...

In diesem Ausschuss begründete Genossin Kirpal die Vorlage auf das wärmste und verwies auf ihren allerdings noch weitergehenden Antrag.

In weiteren Ausführungen knüpfte die Rednerin an den Ausdruck des Ministers Dr. Franke an, daß eine Schule, die nicht verstaatlicht ist, ein Fremdkörper sei.

In längeren Ausführungen besprach Genossin Kirpal weiters die rigorose Handhabung des Pa-

tragraph 2 der „Lex Hils“, welcher die Möglichkeit der Bewilligung zum ausnahmsweisen häuslichen Unterricht bietet.

Wird auch das Familienrecht kodifiziert?

Freitag fand im Beisein des Justizministers die erste gemeinsame Sitzung der verfassungsrechtlichen Ausschüsse beider Kammern statt.

Aus dem Senat

Der Senat nahm am Freitag die Vorlage über die Errichtung der stowatischen Technik in Kaschau an.

Von deutscher Seite sprach hierzu Dr. Braß (SdP), der gegen die geplante Verankerung der Disziplinarrichtlinien für Hochschulen...

Ordnlich deutsch schreiben! Danken würde die Novelle zum Keinen Schulgesetz angenommen.

Nachdem auch noch die Vorlagen über Voll erleichterungen und über die Altersgrenze der Militärrichter angenommen worden waren, vertagte sich der Senat auf Samstag 9 Uhr früh.

Negerkönigs Tochter Roman von Otto Stössl

Dabei vergingen nun fünf lange Jahre, und die sind in eines jungen Menschen Leben ein hübscher Zeitraum, wo man manches lernt und vernimmt, Neues sieht und Altes mit anderen Augen betrachtet.

Er erzog, wie seine medizinischen Kenntnisse am besten zu vertreten würde, ohne daß er sie gerade seiner bedrohlichen Ehe dienstbar machen müßte.

Den Anlaß zu solchen Ideen gab seine Bekanntschaft mit einem Kreise lebhaft national interessierter Leute.

hochschähen darf, Derart konnte sich jede Nationalität an dem Gefühl ihrer unwiederbringlichen Sonderart, die der Liebe Herrgott vor allen anderen schön und trefflich gemacht hat.

Die Gesellschaft kam auf dem Kläppter Ringe in einem kleinen, behaglichen Gasthofe zusammen, der einem hervorragenden Manne der nationalen Politik gehörte, dem Herrn Chaloupka.

Man ließ ihm schon aus Dankbarkeit manche Dinge dieser Art reichlich zukommen, die Stammgäste und gar die Weitzgereisten, als deren Wänner er sich erwies, spendeten ihm dergleichen, wie sie es auftrieben, der eine einen Schädel, welcher angeblich einem berühmten Landsmanne vor undenklichen Zeiten auf den Schultern gefesselt war.

hand bunte Trachtenstücke verschiedener slawischer Völkerschaften. Er besaß einen echten russischen Samowar, ein paar Silbergeräte aus Tula, etliche Denkmäler aus der mährischen Schweiz, Poffillen von verbürgtem tschechischem Ursprung...

Anfangs, als sein Vorrat noch gering war, hatte er ihn streng verschlossen und bloß Bevorzugten gezeigt, später aber bei weit gehobenerem Wohlstand, als auch immer mehr Gäste ihm aufsuchten...

Der junge Gests, der im Schenke mit seinen Gefellen zuteilen ein beschleunigtes Maß verzehrte, trat diesem Vater der Reisenden um so näher, je mehr er seine Vaterkraft auch für sich in Anspruch zu nehmen gedachte.

### Terror-Urteile gegen die Bündischen

London. In Offen ist nun der große Prozess gegen die bündische Jugend beendet worden, dessen Angeklagte beschuldigt wurden, Hochverrat getrieben und insbesondere Verbindungen zur Komintern unterhalten zu haben. Der Hauptangeklagte Burtling wurde zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, der nächstfolgende, der Flieger-Referatsleiter Kalder zu 21 Monaten Gefängnis, vier weitere Angeklagte zu je drei Jahren Kerker und die restlichen Angeklagten zu Freiheitsstrafen von sechs Monaten.

### Das Horthy-Gesetz vor der Kammer

Budapest. (M.A.) Justizminister Lazar unterbreitete in der Freitag-Sitzung des Abgeordnetenhauses die Gesetzentwürfe über die Erweiterung der Nachbefugnisse und über die Wahl des Reichsverwesers. Im Sinne dieser Vorlage verleiht der Reichsverweser ein vom Reichstag angenommenes Gesetz innerhalb von sechs Monaten mit seiner Unterschrift. Unter Bekanntgabe seiner Motive kann der Reichsverweser das Gesetz an den Reichstag zurückleiten. Wenn der Reichstag das Gesetz zweimal unverändert aufrechtzuerhalten hat, ist der Reichsverweser verpflichtet, es innerhalb 15 Tagen zu verkünden. Die Auflösung des Reichstages kann diesen Vorgang nicht beeinflussen.

Der Reichsverweser kann schriftlich drei großjährig ungarische Staatsbürger zu seinen Nachfolgern empfehlen. Diese Kandidaturen können vom Reichsverweser jederzeit abgeändert oder zurückgezogen werden und sind nicht an die ministerielle Gegenzeichnung gebunden. Im Falle des Abantwärtens des Reichsverweseramt wird für die Zeit, bis der neue Reichsverweser den Eid geleistet hat, ein Landesrat gebildet, bestehend aus dem Ministerpräsidenten, den Präsidenten der beiden Häuser des Reichstages, dem Fürstprimas von Ungarn, dem Präsidenten der königlichen Kurie und des Verwaltungsgerichtshofes, sowie dem Honvedoberkommandanten. Der Landesrat beginnt sofort seine Tätigkeit, doch steht ihm das Recht der Auflösung des Reichstages, oder der Enthebung von Ministern von ihren Posten nicht zu. Das Gesetz über die Wahl des neuen Reichsverwesers wird vom Landesrat verkündet. Die Wahl des neuen Reichsverwesers ist acht Tage nach Erledigung des Reichsverweseramt vorzunehmen. Ist der Reichstag gerade im Stadium einer Neuwahl, so wird zur Vornahme der Wahl des Reichsverwesers, nach der alte Reichstag einberufen. Die neue Vorlage bestimmt, daß die Wahl des neuen Reichsverwesers in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Reichstages vorzunehmen ist. Während der Sitzung dürfen die Mitglieder des Reichstages, ausgenommen den Landesrat und die Minister das Parlamentsgebäude nicht verlassen. In der Sitzung sind zunächst die Kandidaturen des Reichsverwesers zu verlesen. Liegt keine weitere Kandidatur vor, ist über die Kandidaten des Reichsverwesers abzustimmen. Hat der Reichsverweser von dem Recht, Nachfolger zu empfehlen, keinen Gebrauch gemacht, oder wünscht der Reichstag auch von seinem Kandidaturrecht Gebrauch zu machen, so ist eine geheime Abstimmung vorzunehmen. Wenn beim Stimmengang keiner der Kandidaten eine allgemeine Mehrheit erlangt, ist zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten, eine neue Abstimmung vorzunehmen. Die Vorlage bestimmt weiter, daß das oberste Patronatsrecht des Königs von Ungarn, durch den Umstand, daß der Reichsverweser dieses Recht nicht ausübt, nicht beeinflusst wird. Der Reichsverweser kann vom Reichstag nicht zur Verantwortung gezogen werden.

### Italienischer Dampfer von einem spanischen gerammt

Istanbul. Freitag vormittags wurde in den Dardanellen unter Cannakale der italienische Dampfer „Capo Pino“ durch den spanischen Dampfer „Magallanes“ gerammt. Das italienische Schiff sank. Die Besatzung und die zwölf Passagiere konnten gerettet werden. Der spanische Dampfer war auf dem Wege nach einem sowjetrussischen Hafen unterwegs.

### König Carol in Warschau

Bukarest. (M.A.) König Carol ist Freitag nach Warschau zum Besuche des Präsidenten der polnischen Republik Moscicki abgereist.

Budapest. Auf Einladung des Honved-Ministers, General Koeder, trifft der Reichskriegsminister Feldmarschall von Blomberg am 28. Juni zu einem fünfjährigen Besuch in Budapest ein.

**Je höher das Thermometer, desto wichtiger der Vitello-Datumstempel!**

Gerade in der heißen Jahreszeit ist es wichtig, daß alle Speisen möglichst frisch sind. Vitello-Delikatess-Margarine, täglich frisch gekirnt, wird aus besten Rohstoffen unter Zusatz von Frischmilch hygienisch einwandfrei hergestellt; mit dem Datumstempel bürgt Vitello für Frische und Qualität.



**VITELLO DELIKATESSE**

Täglich frisch gekirnt, aus den feinsten Rohstoffen.

## Sudetendeutscher Zeitspiegel

### SdP-Mitglieder im Aussiger Bezirk rebellieren

Sämtliche Funktionäre demissionsbereit!

Die Arbeiter, die man in der Hochkonjunktur der Demagogie für die Heineleinbewegung löbete, kommen immer mehr zu der Erkenntnis, welch sträfliches Spiel man mit ihnen in der Partei der „Volksgemeinschaft“ treibt. In der Ortsgruppe Predlitz, einem der größten Arbeiterorte des Bezirkes Aussig, kam es zu ernstlichen Differenzen wegen Einhaltung der sozialen Linie in der Partei des Stammesführers. Der Ortsleiter Fiedler und sämtliche Amtswalter stellten der Aussiger Bezirksleitung ihre Ämter zur Verfügung. In einer S. 2. Versammlung der Amtswalter und des Werbedienstes wurde das Vorgehen der Amtswalter gebilligt und beschloffen, von den Differenzen nichts in die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

Es soll eine Aussprache mit dem Kreisleiter Man geführt werden, und falls es dabei nicht zu einer befriedigenden Lösung kommt, sollen die Mitglieder des Ausschusses ein gemeinsames und mit einem Begleit Schreiben an Konrad Heinelein gesandt werden.

Die Rebellion im Heineleinlager wurde herborgerufen durch Beschwerden schlecht entlohnter

Kameraden in der Mühligen-Union und wegen der Beschäftigung von Slowaken auf dem Meierhof des Gutbesizers Dr. Wogal in Olina bei Tümmel, bei dem Heinelein während der Wahlpropaganda 1936 zu Gast war. Weil die Bezirksleitung in beiden Fällen ein Einschreiten ablehnte, also drastisch die eindeutig soziale Linie der SdP dokumentierte, rief den irreführenden Arbeitern der Gebuldsfadens.

Die Mitglieder und Amtswalter sind ferner erbittert über die Behandlung durch die Bezirksleitung. Sie argumentieren, daß sie als eine der stärksten Ortsgruppen Anspruch auf Paraderbeude als Redner haben, die ihnen stets vorzuenthalten wurden. Die Rebellen sind der Meinung, daß die Arbeiter und Angestellten für eine solche Partei kein Interesse mehr aufbringen können, deren Bezirksleitung kein Interesse für die Arbeiter-Ortsgruppen hat.

Der Bezirksleiter Dr. Tausche geriet in heftige Erregung, als man ihm den Brief der Predlitzer überbrachte. Er verlangte Zurücknahme der Demission und Rechtfertigung. Ihm wurde erwidert, er möge selbst nach Predlitz kommen, dort werde er Gelegenheit haben, die Stimmung der Mitgliedschaft kennenzulernen.

### Organisatorische Erfolge im Bezirke Reichenberg

Der Bezirk Reichenberg führt in der letzten Zeit Hausrechnungen in den einzelnen (vor allem in den schwachen) Organisationen durch. In diesem Zusammenhange war es möglich, innerhalb weniger Wochen fünf neue Lokalorganisationsstellen ins Leben zu rufen. Es sind dies die Organisationen in den Orten Granzendorf, Hermannsthal, Buschulitzsdorf, Katharinberg und Neuschlitz. Die konstituierenden Versammlungen waren überall von großem Optimismus getragen und die Funktionäre aller dieser Organisationen erklärten sich freudig bereit, für die Interessen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in ihrem Wirkungsbereich zu arbeiten zu wollen.

Wir begrüßen alle diese neuen Kämpfer in unseren Reihen und sagen alle den Funktionären, die bei diesen Neugründungen mitgeholfen haben, auf diesem Wege den allerbesten Dank und wünschen, daß sie auch weiterhin in diesem Sinne arbeiten, dann wird das Ziel, bis zum 1. August noch weitere drei neue Lokalorganisationen zu schaffen, auch sicherlich erreicht sein. Dann wird aber auch der Bezirk Reichenberg wieder langsam ein Faktor in der Gesamtpartei.

### Kostspielige völkische „Erziehung“

Der deutsche Turnverband veranstaltet acht Tage nach dem N.W.-Aufmarsch in Aussig, dort eine sogenannte „Tagung für Erziehung“. Ueber den Geist dieser Tagung geben auch die Eintrittspreise Auskunft. Es kostet die Tageskarte für Freitag K 1,50, für Samstag K 6,50 und für Sonntag K 10,50! Nun, Prolet, kommt aber erst der Schläger: Nur wer das nötige Kleingeld hat, darf sich schon brav

hinsetzen und in Ruhe anschauen, wenn es fehlt, der muß mit einem Stechplatz vorlieb nehmen, denn man verlangt folgende Sitzzuschläge: Für die sonnigen Bankplätze rund um das Stadion am Freitag K 2, am Samstag K 4 und Sonntag K 6; für die schattigen Tribünenplätze am Freitag K 10, am Samstag K 20 und Sonntag K 30! — Jede Bemerkung über diese Zuschläge können wir uns er sparen; sie illustrieren die „Volksgemeinschaft“.

Dagegen nun die Eintrittspreise für den 1. Reichsaufmarsch der N.W.: Man zahlt: für eine Dauerkarte K 10. — (gültig zwei Tage, einschließlich Uebernachtung und Festabend), für den Festabend K 3,50, am Feststehplatz: Samstag K 2. —, Sonntag K 4. —

Wir glauben, daß nur ein Massenbesuch des Reichsaufmarsches unserer N.W. am 3. bis 5. Juli d. J. in Aussig die einzige richtige Antwort auf die Volksgemeinschaft sein kann.

### Ein schöner Erfolg des Glas- und Keramarbeiterverbandes

Karlshad. (E. B.) In der Vorgesellschaft Alh. W. m. H. G. in Lubau fand Donnerstag die Betriebsauswahlwahl statt. Unter den ungünstigsten Verhältnissen, die durch die demagogischen Treibereien der SdP und DNW hervorgerufen wurden, ist die Arbeiterschaft zur Wahl gegangen, aber trotz aller Propaganda der SdP gab sie in der Mehrheit ihre Stimmen für die Gewerkschaft ab, die in der schweren Zeit für die Erhaltung des Arbeitsplatzes und die Abwehr der Angriffe auf die ohnedies schlechten Löhne gekämpft hat. Die Liste des Glas- und Keramarbeiterverbandes erhielt 100 Stimmen und drei Mandate, die rote Gewerkschaft 29 Stimmen und ein Mandat und die DNW 53 Stimmen und ein Mandat.

Dieser Erfolg der freien Gewerkschaft, die weit mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen konnte, ist umso bedeutsamer, als die dortige Ortsgruppe des Verbandes erst vor kurzer Zeit gegründet wurde.

### Die Prager Deutsche Arbeitersendung

bringt in dieser Woche:

Sonntag, 27. Juni, 11.15 — 14.25: Der Verbrecher und die Gesellschaft (Dr. Robert Baumgartl); 14.30 — 14.35 (Stražnice): Für Volk und Frieden.

Dienstag, 29. Juni, 14.20 — 14.30: Demokratie und Wehrhaftigkeit (Ernst Paul).

Mittwoch, 30. Juni, 13.40 — 13.45: Arbeitsmarkt — 18.20 — 18.40: Der Bürger von Neuhammer (Was Johann Ullmann erzählt) — 18.40 — 18.50: Soziale Informationen.

Freitag, 2. Juli, 18.35 — 18.45: Aktuelle zehn Minuten.

Sonntag, 4. Juli, 14.20 — 14.30: Aberglaube und Zukunftsglaube (Dr. Gerhard Weisberg) — 14.30 — 14.35 (Stražnice) Für Volk und Frieden.

### Ambros Winkler 60 Jahre

Ambros Winkler in Aufsch vollendet am 2. Juli sein sechzigstes Lebensjahr. Er stammt von armen Eltern. Sehr bald verlor er seinen Vater und mußte gemeinsam mit seiner Mutter



bei Hausnäheren das schwere Los einer Arbeiterfamilie ertragen. Aus der Schule entlassen, lernte er das Seifenfiederhandwerk und trat gleichzeitig auch in unsere Bewegung. Trotz harter Schulbildung wurde Winkler praktischer Lehrer der Arbeiterschaft. Mut und Selbstvertrauen ließen ihn eine neue Zukunft sehen. Während seines Aufenthaltes in Turn bei Teplitz war er in der Partei, in der Konjungenoffenschaft, in der Ortsgruppe der Eisenbahner tätig. Durch ein Augenleiden behindert, widmete er sich hauptsächlich der Eisenbahnergewerkschaft, wurde auch in den Zentralausschuss der ehemaligen A. T. E. gewählt. Ob es während seiner Gefangenzeit oder später als Bahnbediensteter der ehem. A. T. E. war, immer und überall war er Klassenkämpfer und um das Wohl der Arbeiter besorgt. Oftmals geriet er mit seinen Vorgesetzten in Konflikt, wenn es um die Forderungen seiner Klasse ging. Nicht wenig wurde er von jenen Vorgesetzten, die für ihre „Herren“ Dienste leisteten, gehaßt. Im Jahre 1922 wurde er pensioniert und überjenseits nach Aufsch. Dort trug er auf Klärung in die Reihen der Arbeiter, wurde Gemeindevertreter und Stadtratmitglied. Seine agitatorische Tätigkeit erstreckte sich schon von Anfang auf das Landgebiet und mit dem besten Erfolge. Die Anerkennung, die ihm von seinen Freunden entgegengebracht wird, erweist sich anlässlich seines 60jährigen Geburtstages in einer Feier, die am 1. Juli in Aufsch veranstaltet wird. Bei dieser Feier wird sein Werk die gebührende Achtung und Anerkennung finden.

### Der Präsident in Franzensbad

Prag. Der Präsident der Republik empfing gestern in Karlsbad J. Landau aus New York und hierauf Williams Simms aus Washington vom Presh-Kongress Scipps-Holward-Presh. Nachmittags besuchte der Präsident Franzensbad, wo ihn bei der Ankunft der Bürgermeister der Stadt Richard Anders begrüßte. Der Präsident besichtigte die neuen Badeeinrichtungen und kehrte gegen Abend nach Karlsbad zurück.

Prag. Freitag nachmittags ist der Präsident der Republik von seinem einwöchigen Aufenthalt in Karlsbad zurückgekehrt.

# 3. - 5. Juli: Alles nach Aussig zum Reichsaufmarsch der Republikanischen Wehr





